

Nein der Jäger sorgt für neuen Streit

Das Ringen um ein neues Jagdgesetz ist mit dem von der Regierung vorgelegten Kompromissvorschlag nicht beendet

VON JÜRGEN RUF

Stuttgart – Der von der grün-roten Landesregierung überarbeitete Entwurf zum neuen Jagdgesetz stößt weiter auf den Widerstand von Jägern. Nötig seien zusätzliche Nachbesserungen, teilte der Landesjagdverband gestern in Stuttgart mit. Die Jäger könnten dem von Forstminister Alexander Bonde (Grüne) am Vortag vorgelegten Kompromiss nicht zustimmen. Im Gesetzentwurf vorgesehene Einschränkungen für die Jagd müssten beseitigt werden.

Eine außerordentliche Versammlung des Verbandes in Denkendorf habe diese Forderungen bestätigt. Nötig seien weitere Gespräche zwischen den Jägern und der Regierung. Tier- und Naturschützer kritisierten diese Haltung. „Wir können dem vorge-

legten Entwurf in dieser Form noch nicht zustimmen, sind jedoch weiterhin zu einem konstruktiv-kritischen Dialog bereit“, heißt es in dem Beschluss der Jägerversammlung. Der Verband fordere weniger Verbote als geplant, vor allem geringere Ruhezeiten als geplant und mehr Fütterungsmöglichkeiten des Wildes.

Das geplante Gesetz sei in vielen Punkten nicht praxistauglich und stelle einen nicht gerechtfertigten Eingriff in das Eigentumsrecht dar. Besonders gravierend sei die Möglichkeit, dass das Land Wildarten aus dem Jagdrecht am Landtag vorbei herausnehmen und damit die Bejagung jener Tiere stoppen könne.

„Die Jägerschaft sollte sich dringend vor Augen führen, dass es nicht nur Eigentumsrechte gibt, sondern dass Eigentum auch verpflichtet“, sagte

die Tierschutzbeauftragte des Landes, Cornelia Jäger. „Individuelle Eigentumsrechte dürfen keineswegs höher bewertet werden als gesamtgesellschaftliche Wertvorstellungen.“ Tierschutz sei ein solcher Wert. Für das Jagen von Tieren, insbesondere vieler Vogelarten, schreibe das Tierschutzrecht einen ausreichenden vernünftigen Grund vor. Es sei daher richtig, die Liste der zu schützenden Tierarten kritisch auf den Prüfstand zu stellen.

Die Landesregierung sei dem Landesjagdverband „sehr weit entgegengekommen, in manchen Punkte zu weit“, sagte der Landesvorsitzende des Naturschutzbundes Nabu, Andre Baumann. „Das Miteinander von Jagd und Naturschutz darf durch weitere, überzogene Forderungen durch die Jäger nicht noch weiter ge-

fährdet werden.“ Im Moment drohe, dass der Naturschutz im neuen Jagdrecht unter die Räder komme. Es müsse nachgebessert werden.

„Ich bedaure, dass der Landesjagdverband in seiner Schmollecke sitzen bleibt und sich einem fairen und praxistauglichen Kompromiss verweigert“, sagte Grünen-Landesvorsitzende Thekla Walker. „Der Landesjagdverband vertritt nach wie vor die antiquierte Auffassung, wonach der Jäger der einzige Herr im Wald war, ist und bleiben soll.“

Bonde wollte mit einem überarbeiteten Gesetzentwurf den seit Monaten schwelenden Streit um ein neues Jagdgesetz entschärfen, Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hatte den neuen Gesetzentwurf als tragfähigen „klassischen Kompromiss“ bezeichnet.